

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 9

Artikel: Wir erwarten Anerkennung : Zeitbild-Interview mit dem slowenischen Aussenminister
Autor: Messmer, Matthias / Rupel, Dimitrij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093284>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir erwarten Anerkennung

Slowenien verlässt die jugoslawische Föderation. Welche Folgen hat das? Unser Korrespondent Matthias Messmer führte am 10. April in Ljubljana für das Zeitbild ein Gespräch mit dem slowenischen Aussenminister Dr. Dimitrij Rupel.

Herr Dr. Rupel, die Welt kennt Slowenien als Bestandteil von Jugoslawien. Was für Funktionen hat da ein slowenischer Aussenminister?

Unser Ministerium nimmt die Aufgaben wahr, die der jetzigen Transitionsperiode entsprechen. Wir sind dabei, uns von Jugoslawien zu trennen, und wollen die Unabhängigkeit Sloweniens sicherstellen. Wir stehen mitten in diesem Prozess. Er weist auch viele internationale Aspekte auf, mit denen sich mein Amt speziell befasst.

Sind sie dafür denn schon eingerichtet?

Formell besteht sogar eine Kontinuität. Das slowenische «Büro für auswärtige Beziehungen» wurde tatsächlich schon zu Beginn der 80er Jahre gegründet. Es hatte freilich nicht die Aufgabe, slowenische Aussenpolitik zu gestalten, sondern diente in erster Linie der Koordination zwischen dem jugoslawischen Aussenministerium und Slowenien, so weit das für dessen beschränkte Autonomie erforderlich war, zum Beispiel bezüglich wirtschaftlicher Kooperation. Es war gewissermassen eine Leitstelle zwischen dem Belgrader Aussenministerium und ausländischen Staaten.

Also eine Art Ablage?

Nun, etwas mehr war es doch. Bezüglich Mitteleuropa hatten wir ein gewisses Eigengewicht. Wir waren in der «Alpen-Adria-Kommission» und förderten die Zusammenarbeit in der Region. Das tun wir übrigens noch immer.

Aber damit hat es nicht mehr sein Bewenden?

Das stimmt. Unsere Autonomie hat schon grosse Fortschritte gemacht, und der qualitative Sprung steht uns noch bevor. Vielleicht schon in einigen Monaten werden wir einen

formell eigenen Staat bilden und haben dann einfach ein eigenes Aussenministerium wie andere unabhängige Staaten auch.

Wird Slowenien eigene Pässe ausstellen und eigenes Geld drucken?

Das ist vorgesehen, ja. Allerdings wissen wir heute noch nicht, wann genau das geschehen soll. So hängt die Einführung neuer Pässe auch von der Anerkennung Sloweniens durch unsere ausländischen Partner ab.

Erwarten Sie nicht eher eine ablehnende Haltung des Westens?

Im Gegenteil, wir erwarten die Anerkennung Sloweniens als eigenen Staat. Hingegen wissen wir, dass so etwas Zeit braucht.

Wir haben noch keine entsprechenden Gesuche an ausländische Regierungen gerichtet. Wir müssen es aber bis zum 23. Juni 1991 tun, denn das Plebiszitergebnis vom 23. Dezember 1990 verpflichtet die sloweni-

sche Regierung dazu, alle Massnahmen zur Unabhängigkeitserlangung innerhalb von sechs Monaten in die Wege zu leiten. Das gilt auch für die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Kann man in einer so kurzen Frist denn schon eine Verfassung ausarbeiten?

Es gab schon eine Verfassung der slowenischen Republik, abgeleitet von der jugoslawischen Bundesverfassung und mit dem Makel des kommunistischen Regimes behaftet. Aber einen Ausgangspunkt haben wir insoweit doch.

Am neuen Text arbeiten wir seit dem letzten Jahr und hoffen, ihn diesen Sommer vorlegen zu können. Aber wahrscheinlich braucht das mehr Zeit, als wir ursprünglich annahmen; die Sache ist doch sehr komplex. Wir streben ein Grundgesetz an, auf das man sich möglichst lange verlassen kann, und zunächst muss der Entwurf beim Parlament ankommen.

Der slowenische Aussenminister Dimitrij Rupel hat Soziologie studiert und in Boston seinen Ph. D. gemacht. An der Universität von Ljubljana war er Professor für Soziologie und Politologie. In Slowenien ist er nicht zuletzt als Schriftsteller bekannt. Er gehört zu den Gründern der SZD, der Slowenischen Demokratischen Allianz. Nach den Parlamentswahlen im April 1990, die dem Oppositionsbündnis DEMOS den Sieg brachten, wurde er zum Aussenminister ernannt.

(Aufnahme von Matthias Messmer beim Interview vom 10. April)



Und das schafft Probleme?

Schon. Zur Annahme braucht es eine Zweidrittelmehrheit, und die regierende Koalition hat 55 % der Sitze. Da müssen wir auf die verschiedenen Parteien eben Rücksicht nehmen, und wir wünschen auch von uns aus einen breiten Konsens.

Liegen die Vorstellungen von Regierung und Opposition weit auseinander?

In der bisherigen Hauptsache nicht. Vor dem Plebiszit vereinbarten die Parteien, die Unabhängigkeit gemeinsam anzustreben und diese nicht für Parteizwecke zu missbrauchen. In diesem Grundsatz stimmen wir überein. Aber es geht dann auch um konkrete wirtschaftliche und politische Fragen, zum Beispiel um das Wahlsystem, und da lassen sich nicht alle Gegensätze mit nationaler Einmütigkeit zudecken.

Wie sind Ihre Kontakte zum jugoslawischen Aussenministerium? Normal?

Wohl kaum. Ich telefoniere zwar ab und zu mit Aussenminister Loncar, aber an den gegensätzlichen Auffassungen hat das bisher nichts geändert. Schon unsere früheren Vorschläge zur Umwandlung des Systems in ein konföderatives Modell waren alle abgelehnt worden. Ich selber hatte ferner vorgeschlagen, dass die Aussenminister der Republiken in Belgrad ein Kollegium einrichten sollten, um gemeinsam über die Aussenpolitik und eine koordinierte Strategie zu reden. Aber bis heute ist man in Belgrad auf unsere Initiativen nicht eingetreten. Da bleibt uns eben gar nichts anderes übrig, als unsere Sache selber an die Hand zu nehmen.

Wie gehen Sie da vor?

Ab 23. Juni werden wir unsere slowenischen Vertreter, die in Belgrad für das jugoslawische System tätig sind, zurückrufen. Ebenso werden wir die Slowenen, die bei jugoslawischen Botschaften oder Konsulaten angestellt sind, formell anweisen, Slowenien zu repräsentieren und die Zuständigkeit der slowenischen Regierung für ihre Anstellung anzuerkennen.

Die spürbarste Massnahme freilich wird darin bestehen, dass wir aufhören, das gesamtjugoslawische Budget zu finanzieren.

Slowenien umfasste knapp ein Zehntel der jugoslawischen Bevölkerung und kam für rund ein Viertel des jugoslawischen Haushalts auf.

Ziehen Sie da nicht mit einer Art finanzieller Straffraktion gegen Jugoslawien ins Feld?

An sich ziehen wir bloss die Konsequenzen aus unserer Unabhängigkeit. Nun steht es um den jugoslawischen Staat wirtschaftlich heute in der Tat schlecht, und die zusätzliche Einbusse wird sich entsprechend auswirken. Und wenn Sie schon von Strafe sprechen: Die jugoslawischen Behörden verhielten sich bisher wenig kooperativ; dass der Wechsel nun abrupt kommt, ist eine Folge davon.

«Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben», und Jugoslawien scheint mir die letzte Bastion zentralistisch-kommunistischer Ideologie in Europa zu sein; es hat sich in dieser Beziehung weniger verändert als die UdSSR.

Bedeutet die Auflösung Jugoslawiens aber nicht eine Destabilisierung mindestens der Region?

Man darf die jugoslawische Einheitlichkeit nicht mit Stabilität verwechseln, wie das besonders häufig im Westen geschieht. Dort ist man über die Lage hier schlecht informiert. Westeuropa war ja nicht einmal auf die friedliche Revolution in Osteuropa vorbereitet und hatte sich keine passenden Strategien zurechtgelegt.

Wenn es an politischen Konzepten fehlt, ersetzt man sie durch vereinfachte Formeln. Zu ihnen zähle ich die apodiktische Versicherung einiger EG-Minister, Jugoslawien müsse unbedingt «in seiner Integrität bewahrt» werden, weil es sonst zur Destabilisierung komme.

Das beruht, wie gesagt, auf einem Irrtum. Die jugoslawische Integrität ist in keiner Weise eine Stabilitätsgarantie.

Halten Sie einen multinationalen Staat denn per se für ein untaugliches Gebilde?

Sie kommen aus der Schweiz, und ich billige Ihnen zu, dass Ihr Land ein Gegenbeispiel darstellt. Dort haben die Nationen nach Jahrhunderten ein vergleichbares wirtschaftliches und kulturelles Niveau erreicht, und mit der Zeit ist ein ganzes Regelwerk entstanden, um der nationalen Unterprivilegierung vorzubeugen.

Das anerkenne ich als Möglichkeit, aber die Wirklichkeit sieht im Normalfall anders aus. Jeder multinationale Staat hat einem Nationalstaat gegenüber zusätzliche Probleme. Die Habsburgermonarchie brach auseinander, weil sie die nationalen Fragen nicht lösen konnte. Jugoslawien erbt viele ihrer Probleme und löste sie insgesamt nicht. Demgegenüber kennen die nationalstaatlich konzipierten Nachfolgestaaten Österreich

und Ungarn keinerlei Bürgerkriegsgefahr. Analog verhält es sich mit Polen, das ebenfalls auf einer Nation aufgebaut ist. Aber schon im Fall der CSFR sieht es zwischen den Tschechen und Slowaken anders aus, und Jugoslawien eben ist das negative Beispiel par excellence; es hat zur Gewährleistung eines guten Zusammenlebens so gut wie nichts geleistet.

Ich halte die Auflösung Jugoslawiens im Rahmen der europäischen Entwicklung eigentlich für normal. In unserer Region wurde die wichtige nationalstaatliche Phase des 19. Jahrhunderts durch spätere gewaltsame Ereignisse sozusagen negiert. Der Erste Weltkrieg führte zur serbischen Hegemonie, der Zweite Weltkrieg zur kommunistischen Hegemonie. Jugoslawien bestand aus einer Gruppe von Ländern, die sich nur mit Gewalt zusammenhalten liessen. Und genau so hat es sich denn auch mit der kommunistischen Herrschaft bis heute verhalten.

Wie sehen Sie unter diesen Umständen die europäische Integration?

Sie ist die Sache mündiger Nationen, und wo man noch nicht so weit ist, muss man erst dazu kommen.

Heute haben wir erst gerade die Demokratie erhalten, und auf dieser Grundlage werden wir uns um neue Lösungen bemühen müssen, die es im europäischen Kontext braucht. Ich befürworte nicht die Desintegration jetzt bestehender europäischer Staaten als Selbstzweck, aber die Bildung von Nationalstaaten muss zuerst kommen, und dann wird die gesamteuropäische Integration auch möglich. Tatsächlich hat die europäische Geschichte in dieser Hinsicht schon etwas vorzuweisen. Zuerst musste im 19. Jahrhundert ein vereintes Deutschland und ein vereintes Italien gegründet werden, und dann ging es auf ein vereintes Europa zu. Natürlich haben wir heute die spezifischen Bedingungen unserer eigenen Zeit, aber die richtige Reihenfolge ist immer wichtig. Eine freiwillige Regruppierung hat die Auflösung unfreiwilliger Gruppierungen zur Voraussetzung.

Heisst das, dass Slowenien für eine europäische Integration ist, aber nicht zu jugoslawischen Bedingungen?

Was Slowenien betrifft, wollen wir keinen Nationalstaat im Sinn des 19. Jahrhunderts nachholen. Vielmehr brauchen wir die Souveränität, um uns in Europa zu integrieren. Gerade das hat uns Jugoslawien überhaupt nicht erlaubt. Wir wurden durch Jugoslawiens Rückständigkeit direkt von Europa ferngehalten. Und zur Rückständigkeit gehört nicht zuletzt auch der schlechte Zustand der Menschenrechte.

Der jugoslawische Ministerpräsident Markovic sagte einmal, Jugoslawien sei wie ein Schiffskonvoi, der sich gerade noch mit der Geschwindigkeit des langsamsten Schiffes

fortbewege. Und damit kann sich Slowenien nun nicht abfinden.

Wir würden uns schon im Prozess der europäischen Integration befinden, wenn wir daran nicht gehindert würden, insbesondere durch die Politik des serbischen Präsidenten Milosevic.

Sollte sich Slowenien tatsächlich und endgültig von Jugoslawien trennen, würde Kroatien isoliert dastehen. Nehmen Sie das in Kauf?

Slowenien *wird* Jugoslawien verlassen, und wir erhoffen uns danach möglichst gute Beziehungen ringsum.

Was die Kroaten tun oder lassen, ist ihre eigene Entscheidung. Wenn wir Slowenen das Selbstbestimmungsrecht für uns beanspruchen, steht es uns auf keinen Fall zu, es andern streitig zu machen. Hingegen ist objektiv einfach zu sehen, dass die Schwierigkeiten einer kroatischen Unabhängigkeit in praktischen Belangen grösser sind als die slowenischen. In Kroatien gibt es kompakte serbische Siedlungsgebiete. Welche Garantien will Zagreb seiner Minderheit anbieten? Im Zusammenhang damit gibt es die Frage einer neuen Grenzregelung zwischen Serbien und Kroatien. Auf welcher Grundlage will man die Verhandlungen führen? Schliesslich: Was wird aus Bosnien-Herzegowina mit seiner gemischten Bevölkerung aus Serben und Kroaten? Slowenien, das die Sorgen solcher Art nicht kennt, sollte sich wohlfeiler Ratschläge hierzu enthalten.

Die ganzen Driftgesetze sind schwierig zu erklären, aber ich denke, dass heute eine Trennungslinie durch Jugoslawien führt, und zwar zwischen Ost und West. Neben verschiedenen Religionen, Kulturen, Sprachen und Schriften haben wir jetzt auch noch verschiedene politische Systeme. Dementsprechend gibt es eine Idee, Jugoslawien in einen östlichen und einen westlichen Staat zu teilen, aber ich persönlich bin da skeptisch.

Slowenien will keiner andern Republik schaden, aber falls unser Austritt anderweitige Komplikationen schafft: Unser Verbleiben täte das auch.

Kann ein völlig souveränes Slowenien wirtschaftlich überleben?

Ja. Es ist die einzige jugoslawische Republik, die immer noch Überschüsse produziert. Es stellt 8 % der jugoslawischen Bevölkerung, kommt aber für 25 % vom Bruttosozialprodukt auf und sogar für ein Drittel vom gesamten Exportwert. ■

DER KOMMENTAR

Welches Haus?

Slowenien ist mit seiner abgrenzbaren nationalen Identität, mit seiner kulturellen Affinität bis Zugehörigkeit zu «Mitteleuropa», mit seinem wirtschaftszivilisatorischen Standard vielleicht noch dazu, ein jugoslawischer Separationsfall für sich (worauf auch Mihajlo Mihajlov hinweist; siehe S. 4). Aber das hindert nicht, dass es mit seiner jetzigen Entwicklung durchaus typisch zu den jugoslawischen Zerfallserscheinungen gehört, ob man diese nun gutheisse oder nicht.

Das von Marschall Tito geschaffene sozialistische und föderative Jugoslawien ist am Ende. Fast täglich hören wir von Unruhen in den von Serben bewohnten Gebieten Kroatiens, und die sonstigen akuten Krisen jagen einander.

Das schiere Auseinanderbrechen (oder die schiere Gewalt seiner möglichen Verhinderung) dominiert die Aktualität und suggeriert das Entweder-Oder. Gleichzeitig indessen gibt es die Suche nach neuer Geborgenheit in ursprünglichen Gemeinschaften.

In Jugoslawien existieren verschiedene Zivilisationskreise: der mitteleuropäische, der serbisch-mazedonisch orthodoxe und der islamische. Das hätte im Idealfall zu einem multinationalen Staat mit seinem Reichtum an Befruchtungsmöglichkeiten führen können (der reine Nationalstaat tendiert zur kulturellen Sterilität), aber die Geschichte wollte es anders. Man hat eine Einheitlichkeit erzwungen und die Harmonie verhin-

dert. Das schon zeitlich prioritäre Verbindungselement eines multinationalen Staates ist die politische Kultur, und diese hatte im System kein Zuhause.

Der slowenische Staatspräsident Milan Kucan meint, ein friedliches Zusammenleben der drei jugoslawischen Kulturkreise sei nur möglich, wenn man eine hohe Stufe der Demokratie und zuvor noch der Toleranz erreicht habe. Das ist heute nicht der Fall, und der Wille dazu fehlt ausgerechnet jene serbischen Führern am meisten, die sich als Bewahrer des Vielvölkerstaates ausgeben.

Wenn den Slowenen die Sezession gelingt (und mit zivilen Mitteln ist das nicht aufzuhalten), wird Kroatien trotz seiner Verzahnung mit Serbien den gleichen Weg gehen. Das hat der kroatische Präsident Franjo Tudjman bei seinem Treffen mit Kucan am 8. April jedenfalls deutlich ausgesprochen, und dass dann der Krieg droht, hat wiederum Mihajlo Mihajlov deutlich gemacht

Umgekehrt lässt sich sagen, der Zerfall Jugoslawiens sei schon unausweichlich, und es frage sich bloss noch, ob das friedlich geschehen könne oder nicht; die Verantwortung dafür liege bei Belgrad. Oder geht es um den «richtigen Zeitpunkt»? In Umbruchszeiten hat er die heillose Gewohnheit, sich unauffindbar zu machen. Man weiss nicht, wofür es zu früh ist und wofür zu spät.

Verhalten sich die jugoslawischen Republiken mit ihrem Separationskurs anachronistisch zum europäischen Gebot der Stunde zur Integration? Nun, die zentrifugalen Kräfte in Jugoslawien stellen nicht das Integrationsgesetz in Frage, sondern dessen Ausführung. Ein jedes Kind braucht seine Familiengemeinschaft, und das gilt auch für ein gekidnapptes Kind. Indessen bedeutet das nicht, dass dieses bei seinen räuberischen Gasteltern bleiben muss, wenn es entwischt kann.

Matthias Messmer und Christian Brügger



Die Präsidenten Sloweniens und Kroatiens, Milan Kucan und Franjo Tudjman, bei ihrem Treffen vom 8. April. (Aufnahme Matthias Messmer)